



Michael Simon

Diplom-Sozialpädagoge, 44 Jahre, lebt in Pfaffen-Schwabenheim

Antwort 1

Das ist derzeit schwer zu beantworten, zumal bezüglich der Neuordnung der Landkreise eine gutachterliche Einschätzung vorgeschaltet wird. Grundsätzlich ist eine Kreisreform sinnvoll. Sie bietet die Chance der Optimierung und reagiert auf wichtige Aspekte wie die demografische Entwicklung. Auch die Wirtschaftskraft und sozialstrukturelle Aspekte spielen neben der Verwaltungsstruktur eine Rolle. Ich sehe den Landkreis mit der Stadt Bad Kreuznach als regionalem Mittelzentrum gut aufgestellt. Dies schließt nicht aus, dass wir größer werden.

Antwort 2

Wir brauchen aus meiner Sicht einen kommunalen Finanzausgleich, der solidarisch organisiert ist und bei dem finanziell stärkere Kommunen einen Beitrag zur Entlastung finanziell schwächerer Kommunen leisten. Letztlich geht es aber auch um die bessere Verteilung von Steuermitteln an die Kommunen und die konsequente Durchsetzung des Prinzips „Wer bestellt bezahlt“, das heißt, die Gesetzgebungen sind auf die finanziellen Auswirkungen für die Kommunen hin zu überprüfen.

Antwort 3

Über eine „kommunale Obergrenze“ lässt sich nicht seriös reden. Wir haben eine weltpolitische Lage, die ursprünglich ist für die Fluchtbewegungen. Wir müssen darauf achten, dass Landkreis, Stadt Bad Kreuznach und Verbandsgemeinden in der Lage sind, Integration gezielt zu unterstützen. Dazu gehört ein kommunales Konzept mit Arbeitsaufträgen, unter Einbindung haupt- und ehrenamtlich aktiver Menschen, Institutionen, Schulen, Vereinen, Verbänden, der Bildungsträger, der Agentur für Arbeit sowie Arbeitgebern und Gewerkschaften.

Antwort 4

Ja, im besten sozialdemokratischen Sinn, denn damit werden soziale Barrieren abgebaut und gleiche Bildungschancen ermöglicht. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Nicht zuletzt werden junge Familien finanziell entlastet. Wir brauchen auch einen Schwerpunkt im Bereich der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung. Wer seine Meisterprüfung macht, darf nicht von Kosten belastet werden. Das hat sehr viel mit einer Gleichbehandlung von akademischer und beruflicher Bildung zu tun und hilft Fachkräfte zu sichern.

Antwort 5

Diese Mittel sind notwendig und helfen den Fusionsprozess zu einem Erfolg zu führen. Das kann ich so unterschreiben. Gleichwohl bedarf es hier vorab klarer konzeptioneller Überlegungen bezüglich der städteplanerischen Entwicklung. Auf dieser Basis sind dann Entscheidungen bezüglich der Förderung von Maßnahmen und Projekten der Stadtentwicklung zu treffen. Ich gehe davon aus, dass man darüber mit dem Land reden kann.



Julia Klöckner

Politikerin, 43 Jahre, lebt in Bad Kreuznach

Antwort 1

Auf Vorschlag der CDU wurde nun ein umfassendes Gutachten in Auftrag gegeben. Denn es war ein schwerwiegender Fehler der Landesregierung, die Kreisgrenzen nicht direkt mit einzubeziehen, die Verbandsgemeinden willkürlich zusammenzulegen. Das ist, als ob man erst den Schuh und dann die Socke anzieht. Diese Willkür hat Streit in unseren Kreis getragen. Ich möchte das anders machen: Erst definieren, was besser werden soll, den Bürgerwillen beachten, und Strukturen schaffen, die es für Verwaltung und Bürger leichter machen.

Antwort 2

Das Land stützt die Kommunen schlecht aus, ein Gerichtsurteil stuft das als verfassungswidrig ein. Das wollen wir ändern. Vor Ort brauchen die Verantwortlichen mehr Finanz- und Entscheidungsspielraum, denn sie wissen, was notwendig ist – vom Bürgerhaus bis zum Schwimmbad. Weniger zentrale Ansagen aus Mainz, dafür mehr Eigenverantwortung und angemessene Finanzausstattung. Für jede neue Aufgabe muss es neue Finanzmittel geben, sonst bleiben die Kommunen auf den Schulden sitzen, das ist nicht fair und auch nicht gerecht.

Antwort 3

Eine Zahl kann man schwer nennen. Unendlich geht es nicht. Es gibt Belastungsgrenzen der Ehrenamtlichen, des Wohnungsmarktes, in den Schulen. Wir müssen darauf achten, dass Vielfalt. Fördern, aber auch fordern, was Rechte sind, sind auch Pflichten. Jedem Neuankommling müssen wir klarmachen, welche Werte und Regeln bei uns gelten. Ohne die Anerkennung der Gleichberechtigung der Frauen etwa wird es keine Integration in den Arbeitsmarkt geben können. Ich schlage ein entsprechendes Gesetz und Integrationsvereinbarungen vor.

Antwort 4

Auf Inhalte und Qualität der Bildung muss stärker Wert gelegt werden. In Rheinland-Pfalz sind die Kitagruppen, die Klassen in den weiterführenden Schulen und die Uni-Seminare zu groß. Es fällt zu viel Unterricht aus, Noten und Abschlüsse sind zu wenig aussagekräftig. Statt Schreiben lernen nach Gehör setze ich auf klare Rechtschreibregeln. Wir wollen mehr Lehrer einstellen, Schluss machen mit befristeten Kettenverträgen. Das Erststudium bleibt frei, aber nicht für Bummel- und Langzeitstudenten. Solidarität ist keine Einbahnstraße.

Antwort 5

Ich begrüße, dass Bad Münster-Ebernburg als Modellregion Zugriff auf Zuschüsse aus dem Europäischen Regionalfonds hat. Im Fusionsprozess hatte das Land allerdings darüber hinausgehende Förderzusagen an die Stadt gemacht, die nun nicht eingehalten werden. Konkret wurde seinerzeit von der Landesregierung zugesagt, die vom Stadtrat in einer Prioritätenliste beschlossenen Projekte im Salinental mit 30 Millionen Euro über einen Zeitraum von 15 Jahren zu fördern – passiert ist bisher nichts.



Gerlinde Huppert-Pilarski

Bankkauffrau, 55 Jahre, lebt in Langenlonsheim

Antwort 1

Ein Gutachten zur Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR) der Kreise ist in Auftrag gegeben worden, das Ergebnis wird erst im nächsten Jahr vorliegen. Das muss dann gründlich auf Landes- wie kommunaler Ebene diskutiert und erwartet werden, bevor es in die Umsetzung geht. Welche Konsequenzen für unseren Kreis daraus erwachsen, kann heute noch niemand vorhersagen. Wir Grüne wollen die Handlungsfähigkeit und den Bürgernähe der Kommunen mit einer umfassenden KVR stärken und dauerhaft erhalten.

Antwort 2

Der Kommunale Finanzausgleich (KFA) musste nach einem Urteil des OVG geändert werden. Die Neuberechnung des KFA hat dem Kreis erst einmal eine kleine Verbesserung der finanziellen Situation gebracht, die aber auf Dauer nicht erhalten blieb. Besonders die Ausgaben für den Sozialbereich wachsen uns über den Kopf. Hier muss der KFA dringend nachgebessert werden. Die vielen sozialen Einrichtungen in unserem Kreis müssen beim KFA Berücksichtigung finden, wie wir bereits im Kreistag forderten.

Antwort 3

Eine Obergrenze steht für mich angesichts der aktuellen Lage nicht zur Diskussion, sie widerspricht unter anderem unserem Grundgesetz. Wir sind ein reiches Land, betonen immer unsere christlichen Werte und wollen Menschen in Not kein Obdach gewähren? Und wer ist denn in seinem Alltag durch Flüchtlinge beeinträchtigt? Die Integration ist eine vielfältige Aufgabe, die mit einem ausgewogenen Maß an Fördern und Fordern gelingen kann, wenn wir es wollen. Die Kosten sind vom Bund zu übernehmen und sind nicht Aufgabe der Kommune.

Antwort 4

Bildung ist der Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft. Daher müssen Bildungswege für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen geöffnet und nicht verbaut werden. Dazu gehört der kostenlose Zugang zu allen Bildungseinrichtungen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Noch immer ist der Bildungsabschluss abhängig von der sozialen Herkunft. Deshalb ist es falsch, wieder Gebühren einzuführen, die im Übrigen dann mit hohem personellen Aufwand errechnet werden müssen.

Antwort 5

Ja, wenn es gut durchdachte und sinnvolle Projekte sind, die die Stadt in ihrer Entwicklung nachhaltig weiterbringen. Das (ideelle) Zusammenwachsen von Bad Kreuznach und Bad Münster am Stein-Ebernburg sollte vom Land unterstützt werden. Da nenne ich zum Beispiel fehlende Radwege, den notwendigen Schutz des Salinental, damit es dem Anspruch eines Kurgebiets genügt, Schaffung von günstigem Wohnraum, Erhalt und Sanierung historischer Gebäude und Stadtviertel und vor allen Dingen die gemeinsame Wabe im ÖPNV.

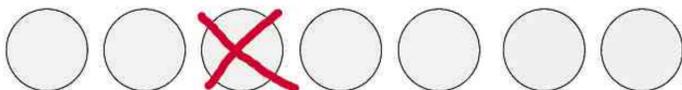


Fragen an die Kandidaten

Wahlkreis 17 Bewerber im direkten Vergleich

■ **Kreis Bad Kreuznach.** Welche Partei steht bei der Landtagswahl am 13. März für welche Inhalte? Für viele Wähler gar nicht so einfach. Den Überblick zu behalten. Mit dieser Doppelseite, eine weitere mit den Direktkandidaten aus dem Wahlkreis 18

folgt in den nächsten Tagen, möchte der „Öffentliche“ Hilfestellung geben. Wir haben fünf Fragen an die sieben Direktkandidaten von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke, Freie Wähler und Alfa im Wahlkreis 17 gerichtet, teils mit Landes- und bundespolitischem Hintergrund, in erster Linie aber mit regionaler Bedeutung. Was die einzelnen Kandidaten geantwortet haben, finden Sie auf dieser Seite. Die Fragen sind direkt unter diesem Text in der Mitte der Seite platziert. Auf gleicher Höhe können Sie die Antworten der Politiker lesen und vergleichen. Wir haben jedem Kandidaten den gleichen Raum eingeräumt. Antworten, die zu lang geraten sind, mussten wir Sinn wahrend kürzen. In manchen Fällen fassten sich die Kandidaten kurz und verzichteten darauf, den zur Verfügung stehenden Platz vollständig zu füllen.



Frage 1
In der nächsten Stufe der Kommunal- und Gebietsreform sollen die Zugschnitte aller Kreise und kreisfreien Städte optimiert werden. Welche Konsequenzen hat das für den Landkreis?

Frage 2
Der Gestaltungsspielraum der Kommunen wird immer kleiner. Das gilt besonders für den hoch verschuldeten Kreis Bad Kreuznach. Wie lässt sich diese Situation verändern?

Frage 3
Wieviel Flüchtlinge kann der Kreis Bad Kreuznach verkraften und wie kann er sie integrieren, unabhängig von den Zahlen in den Erstaufnahmeeinrichtungen?

Frage 4
Erziehung und Bildung sind in Rheinland-Pfalz von Anfang an kostenlos. Gebührenfreier Besuch der Kindertagesstätten, der Schulen und Hochschulen – ist das noch zeitgemäß?

Frage 5
Die Stadt Bad Kreuznach erhält nach der Fusion mit Bad Münster am Stein-Ebernburg weitere finanzielle Unterstützung aus Mainz, um wichtige zukunftsweisende städteplanerische Aspekte zu verwirklichen. Können Sie das unterschreiben?



Birgit Ensminger-Busse

Chordirektorin und Konzertsängerin, 56 Jahre, lebt in Bad Münster a. Stein

Antwort 1

Zur Optimierung der Verwaltungsabläufe wird eine Reduzierung der Kreise erforderlich sein. Welche Folgen für den Kreis Kreuznach zu erwarten sind, ist völlig offen. Fest steht, dass größere Wege zum Verwaltungszentrum zu erwarten sind. Die Verwaltung sollte sich daher mit der Frage des E-Government befassen. Durch elektronische Erledigung von Anfragen oder Anträgen könnten dem Bürger in einem größeren Kreis Wege zur Verwaltung erspart und unter Umständen auch interne Verwaltungsabläufe rationaler ausgeführt werden.

Antwort 2

Die Sozialleistungen werden vom Bund und Land beschossen, und der Kreis muss diese ausführen und zu einem erheblichen Teil bezahlen. Aus meiner Sicht sind zwei Maßnahmen notwendig: Es ist dringend erforderlich, dass das Land die Schlüsselzuweisungen dem erheblichen Ausgabenanstieg der Sozialausgaben der Kommunen anpasst. Bund und Länder müssen finanziell stärker in die Pflicht genommen werden. Alle Maßnahmen, die der Kreistag beschließen kann, werden an der Schuldenexplosion nichts Wesentliches ändern.

Antwort 3

Der Landkreis ist verschuldet, die Aufnahme von Flüchtlingen ist der Humanität geschuldet. Durch das Bemühen der öffentlichen Hand, ehrenamtlich tätigen Menschen, Hilfsorganisationen und Kirchen war das bisherige Flüchtlingsaufkommen nur zu bewältigen. Hetze und Ausländerfeindlichkeiten lösen die Probleme nicht. Wir müssen durch gezieltes, intelligentes Handeln Herr der Lage sein. Die FDP fordert ein Einwanderungsgesetz, mit Kriterien für Einwanderung sowie ein nur vorübergehendes Aufenthaltsrecht für Kriegsflüchtlinge.

Antwort 4

Die FDP setzt sich für eine kostenfreie Teilnahme an Bildung aus Gründen der Chancengleichheit ein. Besonders Augenmerk legen wir auf frühkindliche Bildung, damit der Start ins Leben gelingt. Dazu braucht es gut ausgebildete Erzieherinnen und weitreichende Angebote. Durch das Bildungsangebot der Schulen sollen junge Menschen mit einem soliden Fundament ausgestattet werden. Ob berufliche Bildung oder Hochschule, sollte von persönlichen Stärken und Begabungen abhängen und nicht von „Gesellschaftsdruck“.

Antwort 5

Dies kann ich unterschreiben, denn ich sehe Bad Münster-Ebernburg als ideale Ergänzung zur Gewerbe- und Industriestadt Bad Kreuznach. Ferner verfügt BME über sehr schöne touristische Anziehungspunkte, die man entsprechend nutzen kann. BME braucht ein Entwicklungskonzept, in dem die Fehler vermieden werden, die den Ort in die optisch wenig überzeugende und finanziell marode Lage gebracht haben. Stichwort Landesgartenschau: Abgesehen von den finanziellen Mitteln werden Stadt und die Stadtteile von Gestaltungskonzepten profitieren.



Jörg Lobach

Jurist, 52 Jahre, lebt in Guldental-Breitenfelder Hof

Antwort 1

Die Konsequenzen können noch nicht benannt werden, solange ein endgültiger Neuzuschnitt nicht bekannt ist. Es kommt darauf an, ob per Saldo mehr finanziell besser als schlechter gestellte Kommunen dem Landkreis zugeordnet werden oder umgekehrt. Es kann aber mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass der Finanzbedarf für die Pflichtaufgaben weiterhin oberhalb der Kreiseinnahmen liegt.

Antwort 2

Mit Geld. Der Kreis muss mit soviel Geld ausgestattet werden, wie es die ihm übertragenen Aufgaben erfordern. Die Einnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden müssen deutlich erhöht werden.

Antwort 3

Die Linke im Kreis geht davon aus, dass kurzfristig ein Zuzug in Höhe von zehn Prozent der bisherigen Bevölkerung (also bislang 150.000 Einwohner 15.000 Migranten) problemlos zu verkraften sind. Auf dem Land steht genügend Wohnraum bereit. Es wird darauf ankommen, die Flüchtlinge dezentral unterzubringen und zu betreuen.

Antwort 4

Ja, die kostenlose Bildung ist einer der letzten erhaltenen Bestandteile des Sozialstaates. Sie führt zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Die Mittel für den Erhalt und Ausbau der Bausubstanz der Einrichtungen müssen deutlich erhöht, die Anzahl der Vollzeitstellen in sämtlichen Einrichtungen muss ebenfalls deutlich gesteigert werden.

Antwort 5

Die Stadt erhält tatsächlich finanzielle Unterstützung – nur nicht genug. Auch bei einer Totalentschuldung des Stadtteils Bad Münster am Stein-Ebernburg sind die Umstände, die zu der Verschuldung geführt haben, nicht vollständig aus der Welt zu schaffen.



Herbert Drumm

Diplomphysiker und Studiendirektor a.D., 67 Jahre, lebt in Bad Kreuznach

Antwort 1

Bei den heutigen Kommunikationsmöglichkeiten halte ich leistungs- und regional ausgeglichene Großkreise (etwa zehn in Rheinland-Pfalz) für ausreichend, bei gleichzeitigem Wegfall der Mittelbehörden. Der Kreis Bad Kreuznach würde dann in einem solchen Großkreis (etwa Nahe-land/Rheinhesen) aufgehen. Allerdings wird dies so nicht kommen, da die etablierten Parteien für ihre treu ergebenen Anhänger in Hülle und Fülle hoch bezahlte Versorgungspositionen brauchen.

Antwort 2

Die Situation lässt sich durch die oben angesprochene Gebietsreform deutlich verbessern, weil durch Bildung leistungsfähiger Organisationseinheiten eine ausgeglichene Mittelverteilung erreicht wird. Dies muss begleitet und unterstützt werden durch den Aufgaben angemessene Mittelzuweisungen von Bund und Land.

Antwort 3

Die Grenzen der Aufnahmefähigkeit und der Integrationsmöglichkeiten müssen sorgfältig ausgelotet werden, alle Kosten sind unbedingt vom Bund zu tragen.

Antwort 4

Ja, dies ist noch zeitgemäß, denn Bildung darf nicht vom Einkommen abhängen. Allerdings müssen Mittel optimiert eingesetzt werden, ein Ausnutzen darf es nicht geben. Da der Haushaltskonsolidierung der gleiche hohe, nachhaltige Stellenwert zukommt, muss ein wachsender Mittelbedarf im Bildungsbereich durch Einsparungen in anderen Bereichen ausgeglichen werden (Prioritäten setzen).

Antwort 5

Selbstverständlich werden diese Mittel, deren Klärung die Freie Fraktion durch ihren Briefwechsel mit der Ministerpräsidentin herbeigeführt hat, in Bad Kreuznach gut eingesetzt. Man sieht schon erste Erfolge in Bad Münster-Ebernburg, weitere Maßnahmen gemäß Anlage 4 des Gebietsänderungsvertrages werden folgen. Wir könnten sogar als Musterbeispiel für ähnlich gelagerte Fälle dienen.



Barbara Schneider

Zahntechnikerin, 55 Jahre, lebt in Bad Kreuznach-Bosenheim

Antwort 1

Die Ziele der Gebietsreform liegen in der erwarteten Einsparung und Effizienzsteigerung der Kommunalverwaltung. Durch Bildung größerer Verwaltungseinheiten kann es aber auch zur Verringerung von Effizienz und Effektivität kommen, da in ländlichen Gebieten die Gemeindezusammenschlüsse den Nachteil haben können, dass sich kleinere Dörfer übergangen fühlen. Die Bürger des Landkreises Bad Kreuznach sollten eigenständig und in demokratischer Abstimmung über Eingemeindungen entscheiden können.

Antwort 2

Diese Situation lässt sich nur durch einen Regierungswechsel verbessern. Die SPD ist sich ihrer Verantwortung nicht bewusst. Sie liebt es, das Geld anderer auszugeben, betreibt zweifelndere Investitionen und lässt den Bürger dafür zahlen.

Antwort 3

Wenn alle durch Kriege verfolgte Menschen, Sozial- und Wirtschaftsmigranten als Asylanten eingestuft werden, haben wir die Grenze des Machbaren erreicht. Der Preis dieser willkürlichen Einwanderung ist nicht absehbar. Menschen, die durch Krieg und Verfolgung um ihr Leben fürchten, haben ein Anrecht auf humanitäre Hilfe. Aber auch hier gilt es, keine Willkommenskultur, sondern aktive Hilfskultur zu praktizieren. Dann hätten wir im Kreis und auch bundesweit mehr Möglichkeiten, anerkannte Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren.

Antwort 4

Es ist zeitgemäßer denn je, in die Bildung und Erziehung unserer Kinder zu investieren. Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, Bildung für alle gebührenfrei anzubieten. Kinder sind unsere Zukunft, wir müssen noch viel mehr für sie tun. Ich empfinde es als eine Unverschämtheit, nur Kindern aus finanziell gut gestellten Familien die Möglichkeit zu geben, eine hervorragende Ausbildung zu erhalten.

Antwort 5

Die Stadt Bad Kreuznach erhält durch die Fusion mit Bad Münster-Ebernburg finanzielle Unterstützung. Leider werden zukunftsweisende Projekte damit nicht umgesetzt. Vielmehr wird dieses Geld genutzt, um den desolaten Haushaltset der Stadt zu schönen. Wieder ein Betrug am Wähler, ihm einen ausgeglichenen Haushalt, der in Wahrheit nicht existiert, vorzutäuschen.

